

**Rede
des polizeipolitischen Sprechers**

Alexander Saade, MdL

zu TOP Nr. 7

Erste Beratung

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Niedersächsischen Polizei- und
Ordnungsbehördengesetzes (Gesetz zur
Drohnendetektion und Drohnenabwehr)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 19/11716

während der Plenarsitzung vom 07.10.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich mache es am Anfang mal sehr deutlich: Ja, unsere Polizei muss Drohnen erkennen können. Ja, sie muss Drohnen auch abwehren können. Und ja, die Polizei muss auch moderne Technik einsetzen können. Das ist überhaupt gar kein Streitpunkt.

Ich frage mich wirklich, ob es der CDU nicht lang-sam peinlich ist, was sie hier so in den Landtag ein-bringt.

Aber ich befürchte, es ist ihr nicht mal peinlich. Des-wegen versuche ich mal, gezielt das Publikum an-zusprechen und zu erklären, was hier in Wirklichkeit passiert.

Üblicherweise wird ein Antrag oder eine Gesetzes-initiative hier im Plenum eingebracht - so, wie das hier heute auch passiert. Anschließend wird in einen Ausschuss überwiesen - in dem Fall in den Fachausschuss für Inneres und Sport. Dort beraten wir seit langer Zeit ein sehr umfangreiches Polizeigesetz. Das Thema Drohnentechnik wird in diesem Zusammenhang auch beraten. Erst vor zwei Wochen haben wir genau diesen Punkt sehr intensiv beraten.

Vor zwei Wochen haben wir das also sehr intensiv im Ausschuss beraten. Und was macht die CDU heute? Nun, sie hat dazugelernt. Vor ein paar Monaten hat die CDU noch einen Antrag eingebracht - da ging es um Palantir -, der von ChatGPT geschrieben war. Das hat sie weiterentwickelt. Die Quelle ChatGPT steht nicht mehr drin. Jetzt macht sie „copy and paste“.

Das ist eins zu eins der Text, den wir vor zwei Wochen im Ausschuss beraten haben. Der wurde kopiert; es wurde nur eine neue Überschrift drübergesetzt.

Einschließlich Komma und Punkt - alles ist gleich geblieben. Genau diesen Text bringt man jetzt als neue Gesetzesinitiative ein. Das Besondere ist aber: Wir haben schon jetzt eine rechtliche Grundlage, um Drohnen runterzuholen. Die brauchen wir also gar nicht mehr; wir haben die rechtliche Grundlage schon. Das ist das Erste.

Jetzt sagt die CDU: Wir sind vollumfänglich auf der Seite der Regierung; genau diesen Gesetzentwurf der Regierung will man eigentlich nutzen. Gleichzeitig sagt man aber immer wieder: Die kommen ja gar nicht zu Potte.

Der einzige Punkt, über den man diskutieren könnte, ist eine klitzekleine Abweichung vom Regierungsvorschlag, die der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst vorgeschlagen hat. Das ist nur eine kleine Abweichung.

Der Vorschlag der Landesregierung ist nämlich, Drohnen vielleicht auch zur verdeckten Videoüberwachung einzusetzen. Genau an diesem Punkt sagt der

Gesetzgebungs- und Beratungsdienst: Da müssen wir ein bisschen aufpassen. Das ist eine wichtige Frage. Und an der Stelle weicht die CDU von der Empfehlung des Gesetzgebungs- und Beratungsdiensts ab und folgt dem Innenministerium. Das ist durchaus begrüßenswert; das darf man. Aber ich finde es schwierig, wenn man gleichzeitig den Eindruck erweckt: Man muss die Polizei mit bestimmten Befugnissen ausstatten.

Sie versuchen, den Eindruck zu wecken, man müsste uns bzw. die Regierung dazu bringen, die Polizei mit diesen Befugnissen auszustatten. Da gibt es gar keinen Konsens. Aber es gibt eben durchaus - - Also: Es gibt keinen Streit darüber, dass die Polizei eine Drohnenabwehr braucht. Aber es gibt durchaus knifflige Fragen, die man im Ausschuss beraten muss. Und genau da gehören diese Fragen hin - in einen Fachausschuss. Genau dort kann man dar-über streiten, was richtig und was falsch ist. Da meldet sich die CDU aber irgendwie nicht zu Wort. Da fehlt diese Auseinandersetzung, und das ist genau das, was ich Ihnen vorwerfe.

Kommen Sie in den Ausschuss! Bringen Sie Ihre Argumente dort ein! Streiten wir dort über die Punkte, bei denen wir unterschiedlicher Meinung sind! Und dort, wo wir gemeinsam sagen „Das ist genau der richtige Weg“, können wir das gerne gemeinsam beschließen. Aber einen Gesetzentwurf aus einem laufenden Beratungsverfahren zu kopieren - „copy and paste“ - und anschließend als neue Lösung ins Plenum einzubringen - das bringt uns nicht weiter.

„Copy and paste“ ist keine Ausschussarbeit. „Copy and paste“ ist auch keine verantwortliche Politik. Kommen Sie in den Ausschuss, und lassen Sie uns da vernünftig arbeiten! Aber hören Sie auf mit dem Kaspertheater, jedes Mal eine neue Gesetzes-initiative in den Ausschuss einzubringen und gleich-zeitig zu sagen: „Wir kommen nicht voran“! Arbeiten Sie im Ausschuss!